



Berufsverband der
Kinder- und Jugendärzte e.V.

Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e.V. | Mielenforster Str. 2 | 51069 Köln

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Gesundheit
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Gemeinsame Stellungnahme

14.06.2022

Seite 1/5

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns heute an Sie, da wir als Vertreter*innen unserer Berufsverbände, die ausschließlich Kinder und Jugendliche behandeln, in großer Sorge um die Gesundheit unserer Patient*innen sind.

Wie auch die von den Jugendforschern Simon Schnetzer und Klaus Hurrelmann durchgeführte Studie "Jugend in Deutschland" im März 2022¹ zeigt, dass der Krieg in der Ukraine, die nun schon über zwei Jahre andauernde Pandemie und der allgegenwärtige Klimawandel Kinder und Jugendliche hoch belastet. Es gebe eine Überlagerung von Krisen und diese Last sei für junge Menschen sehr groß geworden. **Das Thema Krieg in Europa bereitet demnach 68 Prozent der Generation die größten Sorgen, wobei 46 Prozent der jungen Menschen aktuell große Angst haben, dass der Krieg in der Ukraine sich auf ganz Europa ausweiten könnte. Die bislang dominierende Angst vor dem Klimawandel wurde mit 55 Prozent durch den Ukraine-Krieg an die zweite Stelle verdrängt. Die spürbaren Einschränkungen durch die Pandemie lösten bei den Befragten ein Gefühl des Kontrollverlustes bei der Gestaltung des Alltags aus.** Dies betreffen auch die persönlichen Beziehungen und die Ausgestaltung ihrer Bildungs- und Berufslaufbahn. Der andauernde Krisenmodus strapaziere auch zunehmend die psychische Gesundheit der Jugend. Fast die Hälfte (45 Prozent) der Befragten gab an, Stress zu erleben.

Mielenforster Straße 2
51069 Köln

Fon
Verwaltung (0221) 68 909-0
Kongresse (0221) 68 909-15/16
Fax (0221) 68 32 04

bvkj.buero@uminfo.de
www.bvkj.de
www.kinderaerzte-im-netz.de

Vereinsregister:
AG Köln VR 10647

Deutsche Apotheker-
und Ärztebank Köln
IBAN: DE91 3006 0601 0001 2737 79
BIC (Swift Code): DAAEDED

Steuer-Nr.: 218/5751/0668

¹ Repräsentative Befragung von 1021 jungen Menschen im Alter von 14- bis 29 Jahren; März 2022



Gesunde Kinder
sind unsere Zukunft.

Auf der Liste der häufigsten psychischen Belastungen folgen mit 35 Prozent Antriebslosigkeit, Erschöpfung und Langeweile (je 32 Prozent) sowie Depression und Niedergeschlagenheit (27 Prozent). **13 Prozent fühlen sich hilflos, sieben Prozent hätten sogar Suizidgedanken.**

Demgegenüber steht die weiterhin unzureichende Versorgung psychisch kranker und belasteter Kinder und Jugendlichen. Wie Forscher*innen der Universitäten Leipzig und Koblenz² herausfanden, **haben sich seit Pandemiebeginn die Wartezeiten von Kindern und Jugendlichen für einen Psychotherapieplatz nahezu verdoppelt.** Die KJP berichteten, dass Patienten bei ihnen aktuell signifikant länger auf einen Erstgesprächstermin und einen Therapieplatz warten als im Vergleichszeitraum vor der Pandemie. Die Wartezeit für ein Erstgespräch habe sich von durchschnittlich 5,8 Wochen vor zwei Jahren auf 10,2 Wochen in den vergangenen sechs Monaten verlängert. Auf einen Therapieplatz mussten die Betroffenen in den vergangenen sechs Monaten durchschnittlich 25,3 Wochen warten. Vor zwei Jahren waren es noch durchschnittlich 14,4 Wochen Wartezeit gewesen. Gleichzeitig berichteten 66 Prozent der Teilnehmenden, ihre Behandlungsstunden seit Pandemiebeginn leicht bis sehr stark erhöht zu haben, bei 23 Prozent seien sie gleichgeblieben und elf Prozent hätten sie leicht bis sehr stark verringert.

Die nahezu verdoppelten Wartezeiten bei einer gleichzeitigen Steigerung der angebotenen Behandlungsstunden von Therapeutenseite deuten laut der Arbeitsgruppe darauf hin, dass mehr Kinder, Jugendliche und ihre Bezugspersonen aktuell psychotherapeutische Hilfe suchen. Die Kinder- und Jugendärzte bestätigen das erhöhte Hilfersuchen, die Anfragen in der täglichen Praxis haben sich vervielfacht.

Weiterhin gaben die befragten KJP in ihren Freifeldantworten an, dass sich neben einer erhöhten Anzahl von Anfragen auch eine veränderte Qualität

14.06.2022

Seite 2/5

² Die Studie ist als Preprint auf dem Portal *Researchgate* erschienen: (2022; DOI: [0.13140/RG.2.2.33280.10243](https://doi.org/10.13140/RG.2.2.33280.10243)). Stichprobe von 324 KJP, 258 weiblich, 66 männlich. Es waren Therapeuten aus allen 16 Bundesländern vertreten.

wiederfinde, da die Anfragen oftmals deutlich verzweifelter und drängender geworden seien. Auch in dieser Studie wird eine signifikante Zunahme der Krankheitslast vor allem im Bereich aller abgefragten psychischen Störungen festgestellt. Für die Zunahme von Depressionen, Angststörungen und Medienabhängigkeit sehen die KJP dabei sehr große Effekte, für Schlaf-, Anpassungs-, Zwangs- und Essstörungen große Effekte, für Schulabsentismus einen moderaten Effekt. Die Zunahme von Substanz-, Belastungs-, Hyperkinetischen und Regulationsstörungen sowie Störungen des Sozialverhaltens seien dagegen geringer einzustufen. Nach Ansicht der Autoren scheint der gestiegene Bedarf an psychotherapeutischer Versorgung durch die bestehenden ambulanten Strukturen nicht ausreichend und zeitnah gedeckt zu werden. Eine zeitnahe Behandlung sei jedoch essenziell, um Chronifizierungen und Komorbiditäten vorzubeugen.

14.06.2022
Seite 3/5

Wichtig sei daher „eine Anpassung des Versorgungssystems an den gestiegenen Bedarf“, um gesundheitliche und volkswirtschaftliche Folgeschäden der Pandemie zu begrenzen, so ihre Forderung.³

Die fachärztliche und psychotherapeutische Versorgung unterliegt in Deutschland der Bedarfsplanung. Im Bereich der Psychotherapie gelten die meisten Regionen als versorgt bzw. sogar überversorgt, trotz bestehender hoher Wartezeiten. Demnach sind diese Planungsbereiche gesperrt. Eine Neuniederlassung ist nur bei Praxisübernahme einer bestehenden Praxis möglich. Zwar werden seit der Bedarfsplanungsreform (2019) die festgelegten Verhältniszahlen nun alle zwei Jahre aufgrund der demografischen Entwicklung angepasst und das Versorgungsniveau pro Planungsbereich kontinuierlich anhand der jeweils aktuellen Einwohnerzahl fortgeschrieben. Zudem wurde ein regionaler Morbiditätsfaktor eingeführt. Dies hat dennoch im Bereich der Psychotherapie und hier gerade im Bereich der Kinder- und

³ Siehe Bericht im aerzteblatt.de vom 23. Februar 2022

Jugendlichenpsychotherapie nicht zu einer angemessenen bedarfsorientierten Versorgung geführt. Die oben angeführten aktuellen Belastungen verschlimmern das strukturelle Problem um ein Vielfaches.

Da die einzelnen Landes-KVen sich an die bundeseinheitlichen Regelungen der Bedarfsplanungs-Richtlinie halten müssen, erscheint es uns zwingend zu sein, dass hier im Rahmen einer „Not-Verordnung“ zeitnah und unbürokratisch Abhilfe geschaffen wird.

14.06.2022

Seite 4/5

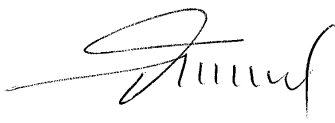
Wir wenden uns daher an Sie, Herrn Prof. Dr. Lauterbach als Bundesgesundheitsminister als auch an Sie, Prof. Dr. Hecken als den Vorsitzenden des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) mit der dringenden Bitte, dieses Problem aufzugreifen und die betroffenen Kinder und Jugendlichen nicht allein zu lassen. Der Druck, der auf den niedergelassenen Kinder- und Jugendärzten, den Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, aber auch auf den Kinder- und Jugendpsychiatern sowie den Kinder- und Jugendlichenpsychiatrien lastet, ist enorm hoch.

Abhilfe könnten daher Regelungen schaffen, dass Praxen leichter Kolleg*innen einstellen könnten, um ihr Behandlungsangebot auszuweiten. Hierzu müsste jedoch die jetzt übliche Deckelung bei Job-Sharing aufgehoben werden. Eine zweite Möglichkeit wäre, über Ermächtigungen neue Praxissitze zu schaffen. Dabei sollten die jetzigen Regelungen zur Begrenzung, wie z.B. die 20%-Quote für kinder- und jugendlichenpsychotherapeutische Behandler*innen, vorübergehend außer Kraft gesetzt werden.

Darüber hinaus möchten wir Sie bitten sich dafür einzusetzen, dass die curriculare Weiterbildung in psychosomatischer Grundversorgung für alle angehenden Kinder- und Jugendärzte verpflichtender Bestandteil der Weiterbildung wird. Diese Grundausbildung, die für Kinder- und Jugendärzte bislang nur in 6 Bundesländern verpflichtend ist, wird dazu beitragen, eine verlässliche Überleitung zu passgenauen Hilfen und eine Vermeidung von inadäquater Inanspruchnahme zu ermöglichen.

Wir alle stehen in der Verantwortung, psychisch kranken Kindern und Jugendlichen zu helfen und sie vor weiterem Leid zu schützen. Wartezeiten von mehreren Wochen auf ein Erstgespräch (Sprechstunde) ohne Aussicht auf einen baldigen Behandlungsplatz sind nicht mehr länger hinzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen



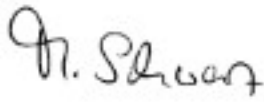
Dr. Thomas Fischbach
Präsident BVKJ e.V.



Dr. Petra Kapaun
Ausschusssprecherin für Psychosomatik und Psychotherapie BVKJ e.V.

14.06.2022

Seite 5/5



Dr. Marion Schwarz
Vorsitzende bkj e.V.

Verteiler

- Herr Prof. Karl Lauterbach, Bundesminister für Gesundheit
- Herr Prof. Josef Hecken, G-BA
- Frau Lisa Paus, Bundesministerin für Familie, Frauen, Senioren und Jugend
- Bundesärztekammer (BÄK)
- Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV)